



# Den größtmöglichen Nutzen aus dem Binnenmarkt ziehen

Les notes du conseil d'analyse économique, no 38, Februar 2017

**D**ie Verlangsamung der Europäischen Produktivität in den letzten zehn Jahren schwächte die auf Prosperität-basierende Legimität der EU. Die Abschwächung des Wirtschaftswachstums hat ebenso die Fähigkeit der nationalen Regierungen den bestehenden Sozialschutz zu erhalten bedingt. Dies führte zu einem raschen Anstieg der Wahrnehmung von sozialen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten, sowohl innerhalb als auch zwischen Mitgliedsstaaten.

In der EU verbleiben heute noch viele nichttarifäre Hemmnisse: bei sonst gleichen Bedingungen, ist der Handel zwischen zwei EU-Ländern viermal niedriger als der zwischen zwei US Staaten. Mögliche Fortschritte in dieser Hinsicht können nur durch die mühsame Revision der spezifischen nationalen Regelungen erfolgt werden.

Diese Note empfiehlt eine zweiteilige Strategie: eine Harmonisierung der Regelung und eine minimale enge Koordinierung der nationalen Regulierungsbehörden in Sektoren mit starken Externalitäten und Skaleneffekten (z.B. Energiesektor und Telekommunikationsbranche) zu erstellen; eine Kosten-Nutzen-Analyse der verschiedenen Regulationen in allen anderen Dienstleistungssektoren angesichts deren Ziele durchzuführen, sowie auch einen systematischen Vergleich zwischen Mitgliedstaaten einzuführen.

Die Note empfiehlt weiterhin eine glaubwürdige Umweltpolitik mit Bestimmungslandprinzip (die Politik betrifft gleichermaßen EU-Unternehmen und Unternehmen außerhalb der EU) anstatt Ursprungslandprinzip (die Politik benachteiligt die Europäischen Unternehmen alleine) durch eine Kombination von anspruchsvollen technischen Standards, eine CO<sub>2</sub>-Preis Referenzbewegung, und für den Steuerzahler neutrale steuerliche Instrumente zu entwickeln.

Eine solche Politik würde eine Förderung der Energiewende-Investitionen bewirken ohne der Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Unternehmen zu schaden.

Die Autoren empfehlen die Union der europäischen Kapitalmärkte entschlossen zu vollziehen, um weitere Investitionen, insbesondere in innovativen Sektoren anzuregen. Des Weiteren, die Nutzung des EU-Budgets sollte angesichts der drei Hauptziele der wirtschaftlichen Konvergenz, Verflechtung der Mitgliedstaaten, und Solidarität revidiert werden.

Die Verantwortung für die Umverteilung durch das Steuersystem liegt bei den Mitgliedsstaaten; jedoch kann die Europäische Politik dazu beitragen indem sie die Umverteilungsfähigkeit der Staaten erhält, oder indem sie spezifische Instrumente die die Auswirkungen der Europäischen Integration auf dessen „Verlierer“ begrenzt entwickelt. Die Autoren empfehlen Steuerhinterziehung mit modernen Mitteln wie z.B einer einzelnen elektronischen Schnittstelle die die Zahlung der Soziallasten von entsandten Arbeitnehmern im Ursprungsland sicherstellt zu bekämpfen. Gleichermäßen, eine Veränderung der Richtlinie über Zinsen und Lizenzgebühren bietet eine Alternative zu dem Projekt der Einführung einer einheitlichen konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (CCTB), um Steueroptimierung durch Unternehmen zu begrenzen.

Zuletzt empfiehlt die Note die sozialen Sicherheitssysteme unter anderem durch eine vollständige Beibehaltung der Arbeitslosenrechte bei einem Wohnsitzland-Wechsel innerhalb der EU, und die Zentralisierung des Informationsaustauschs betreffend Pensionsansprüche, für innergemeinschaftliche Migrationen neutral zu gestalten.

Dieser Bericht gibt die persönliche Meinung der Autoren wieder und nicht notwendigerweise die des Rates

<sup>a</sup> France Stratégie; <sup>b</sup> Paris School of Economics, Universität Paris 1, Mitglied des CAE; <sup>c</sup> Ifo München;

<sup>d</sup> Bruegel (Belgien), Mitglied des CAE.

## Die Empfehlungen

**Empfehlung 1.** Eine einheitliche Regelung und eine enge Koordinierung der nationalen Regulierungsbehörden betreffend Sektoren mit starken Externalitäten und Skaleneffekten zu erstellen.

**Empfehlung 2.** Dienstleistungssektoren-Regulierungen im Lichte einer auf Best-Practice basierenden Kosten-Nutzen-Analyse zu prüfen, um die Hürden zu der Grenzüberschreitung der Tätigkeiten zu reduzieren.

**Empfehlung 3.** Das Grundprinzip der Europäischen Umweltpolitik von Ursprungsland- zu Bestimmungsland zu wechseln. Dies kann durch die Erstellung von glaubwürdigen technischen Standards über einen langfristigen Zeithorizont, die Erstellung einer Referenzbewegung für den CO2-Preis, sowie eine pauschale Neuverteilung der Steuererträge, ermöglicht werden.

**Empfehlung 4.** Sich weiter den verschiedenen strukturellen Herausforderungen der Union der europäischen Kapitalmärkte zu stellen, insbesondere betreffend Unternehmensinsolvenzrecht, sowie durch die Einleitung von einheitlichen Grundprinzipien im gesamten Binnenmarkt.

**Empfehlung 5.** Das EU-Budget und den Junckerplan angesichts der drei Hauptziele der wirtschaftlichen Konvergenz, Verflechtung der Mitgliedstaaten, und Solidarität zu revidieren.

**Empfehlung 6.** Die Zahlung der Soziallasten von entsandter Arbeitnehmer im Ursprungsland sicherzustellen, durch die Entwicklung von adäquaten elektronischen Schnittstellen, und durch die Einführung der sofortigen Erstattung durch Unternehmen im Bestimmungsland.

**Empfehlung 7.** Eine Veränderung der Richtlinie über Zinsen und Lizenzgebühren einzuführen, um Zinsen und Lizenzgebühren an der Quelle zu besteuern. Alternativ hierzu, Doppelbesteuerungsabkommen mit Drittstaaten zu koordinieren.

**Empfehlung 8.** Die Arbeitslosenversicherung im Falle innergemeinschaftlichen Migrationen durch eine vollständige Beibehaltung der Arbeitslosenrechte bei einem Wohnsitzland-Wechsel innerhalb der EU, und die Einführung von länderübergreifenden Ausgleichzahlungen für Zusammenrechnung-bedingte Kosten neutral zu gestalten.

**Empfehlung 9.** Den Informationsaustausch betreffend Pensionsansprüche durch die Zentralisierung von persönlichen Daten in einer einzelnen Plattform zu verbessern.



Der *Conseil d'Analyse Economique* (CAE) wurde im Auftrag des französischen Premier Ministre gegründet und soll durch die Gegenüberstellung der Gesichtspunkte und Analysen der Mitglieder des CAE ein besseres Verständnis der Entscheidungen der französischen Regierung im Wirtschaftssektor ermöglichen.

**Stellvertretende Vorsitzende** Agnès Bénassy-Quéré

**Generalsekretär** Hélène Paris

**Wissenschaftliche Berater**

Kevin Beaubrun-Diant,  
Jean Beuve, Clément Carbonnier,  
Manon Domingues Dos Santos

**Forschungsassistent**

Amélie Schurich-Rey

**Mitglieder** Yann Algan, Maya Bacache-Beauvallet, Olivier Bargain, Agnès Bénassy-Quéré, Stéphane Carcillo, Anne-Laure Delatte, Élise Huillery, Étienne Lehmann, Yannick L'Horty, Philippe Martin, Corinne Prost, Xavier Ragot, Jean Tirole, Farid Toubal, Natacha Valla, Reinhilde Veugelers

**Korrespondenten**

Dominique Bureau, Anne Perrot, Christian Thimann

**Veröffentlichungsdirektor** Agnès Bénassy-Quéré

**Chefredakteur** Hélène Paris

**Elektronische Veröffentlichung** Christine Carl

**Pressekontakt** Christine Carl

Ph: +33(0)1 42 75 77 47  
christine.carl@cae-eco.fr